

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G


Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Mandatsausweitungen als Bankrotterklärung bisheriger Afghanistan-Politik

Gastbeitrag von Paul Schäfer

Dass die Bundeswehr in Afghanistan Krieg führt, ist eine Binsenweisheit, die lange Zeit fast nur von Vertretern der LINKEN offen ausgesprochen wurde. Für den großen Rest fand sich stets irgendwo ein Brunnen, eine Schule oder eine Statistik, aufgrund derer sich behaupten ließ, die Bundeswehr leiste quasi bewaffnete Entwicklungshilfe. Dieses Argument trug die Kriegsbefürworter über verschiedene Ausweitungen des Einsatzmandates und ließ sie über allerlei Fehlentwicklungen hinwegsehen: Die zivilen Opfer. Die Ausweitung des Drogenanbaus. Das Verkümmern ziviler Hilfsprogramme. Das Versagen beim Aufbau ziviler und staatlicher Institutionen. Die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen sowohl der Verbündeten als auch der unterstützten Regierung.

Mittlerweile liegen die Dinge anders. Zwar wird noch immer keiner der früheren Prediger der Stabilisierung durch Soldaten zugeben, dass der militärische Ansatz grandios gescheitert ist. Immerhin bekennen sie sich aber offener zum Krieg. Natürlich hat das taktische Gründe: Nach dem Willen der NATO soll die Bundeswehr ihren Afghanistan-Krieg nicht mehr heimlich führen, sondern mit schonungsloser Offenheit,

schnell einsetzbaren Kampftruppen und viel mehr Soldaten.

Weil sich das logisch und moralisch nicht ohne weiteres rechtfertigen lässt, tut man nun einerseits so, als sei es nie anders gewesen und hält sich andererseits bedeckt: Mal heißt es, das Mandat bleibe unverändert, mal werden Aufstockungspläne um bis zu 1000 Soldaten verbreitet. Die Wähler würde man aus der ganzen Sache ohnehin gern mit rechtzeitigen Verlängerungen über den Wahltermin hinweg heraushalten – schließlich äußern sie sich zu 80% ablehnend.

In dieser Nebelwerferei blitzen mitunter die wirklichen Gründe für den neuen Kriegskurs auf: Nicht um Afghanistan geht es, sondern um Bündnissolidarität. Als Schreckensszenario für den Fall deutscher Nichtbeteiligung hat das Auseinanderbrechen der NATO den Niedergang Afghanistans abgelöst. Die falschen – weil militärischen – Mittel, deren sich die Bundesregierung in Afghanistan bereits seit Jahren bedient, werden nun also offen zum Erreichen falscher – weil sachfremder – Ziele eingesetzt. Eine solche Bankrotterklärung der bisherigen Afghanistan-Strategie kann nur mit der Forderung nach Truppenabzug beantwortet werden. Auch das eine Binsenweisheit, die fast nur von Vertretern der LINKEN ausgesprochen

wird. Noch.

Themen dieser Ausgabe:

Zwei Klassen von Steuerzahlern Dagmar Enkelmann	2
Bei der Energie vom Acker genau hinschauen Kirsten Tackmann	3
Umsteuern! Wolfgang Neskovic	4
Kritik an Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus Diana Golze	5
„Fair-Work“- Siegel für Computerspiele Lothar Bisky	5
Anträge DIE LINKE. der Sitzungswoche	6
Pressemitteilungen und Reden der MdB's	7
Informationen + Termine der Fraktion DIE LINKE.	8

DIALOG
 FÜR EIN BRANDENBURG
 DER REGIONEN

Zwei Klassen von Steuerzahlern

von Dagmar Enkelmann

Die Empörung und die Wut der Bürgerinnen und Bürger über den jüngsten Steuer-skandal von Zumwinkel & Co. sind mehr als gerechtfertigt. Über die staatlich sanktionier-te Raffgier von Managern und Millionären können die meis-ten Menschen nur noch den Kopf schütteln.

Die Empörung der Politiker der führenden Parteien über die Steuerhinterziehung aller-dings ist pure Heuchelei. Mo-ralisch mit dem Finger auf an-dere zu zeigen, sollten sich die Regierenden in den Zeiten von Rot-Grün wie Rot-Schwarz verkneifen. Denn in den letz-ten Jahren ist die Steuerehr-lichkeit der Reichen und Ver-mögenden nicht etwa durch vermehrte Prüfungen der Fi-nanzämter oder eine intensive Steuerfahndung gefördert worden.

Anstelle dessen wurde 2003 das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit verabschie-det, mit dem man auf jede Menge reuige Steuersünder und 5 Milliarden Euro Mehr-einnahmen hoffte. Tatsächlich kamen durch den Ablasshan-del nur gut 1 Milliarde in die öffentliche Kasse.

Zugleich wurden - mit dem Verweis auf den angeblichen internationalen Steuerwettbe-werb - die Steuersätze gerade für Spitzeneinkommen massiv gesenkt. Das Ergebnis: Der so beklagte Steuerwettbewerb wird angeheizt.

Die Bundesrepublik selbst ist schon eine Steueroase gewor-den für Reiche und Einkom-mensmillionäre – im Gegen-satz zu Hartz- IV- Beziehern, die über ihre Einkünfte auf den Cent genau Rechenschaft ablegen müssen; auch nicht für hart arbeitende Lohn- und Gehalts-empfänger, denen die Steuern schon auf dem Gehaltszettel ohne Wenn und Aber abgezo-gen werden, und auch nicht für die mehr als 4000 Rentnerin-



nen und Rentner, denen – weil ihre Zuverdienste über dem gesetzliche Gestatteten liegen - die Rente um bis zu einem Drittel gekürzt wurde.

Das Zwei-Klassen-Steuerrecht gehört abgeschafft. Wir for-dern eine sozial gerechte Steuerreform. Auch dürfen Steuer-hinterzieher nicht mit Geldbu-ßen davonkommen. Das mögli-che Strafmaß bis hin zu einer Gefängnisstrafe muss ausge-schöpft werden. Wirklich ab-schreckend würde eine Veröf-fentlichung der Namen von Steuersündern sein. Die Abgel-

tungssteuer ab Anfang 2009 schafft dagegen keine Abhilfe. Sie hat unter anderem zur Fol-ge, dass die Finanzämter künf-tig über die Kapitaleinkünfte der Vermögenden vollends im Unklaren bleiben. Die LIN-KE verlangt, die Abgeltungs-steuer fallen zu lassen. Die Fi-nanzämter wie auch die Steuer-fahndung sind dafür perso-nell deutlich aufzustocken. Die Bundesrepublik muss sich zu-dem international endlich für

eine Harmonisierung der Be-steuerung von Kapitaleinkünf-ten einsetzen.

Deutschland als größte Volks-wirtschaft Europas hat es selbst in der Hand, für klare Verhältnisse zu sorgen. Die USA zwangen beispielsweise die Liechtensteiner Treuhand-Banken zur Kooperation, in dem sie ihnen mit dem Entzug der Lizenz drohten.

Bei der Energie vom Acker genau hinschauen

von Kirsten Tackmann



Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist nur begrenzt verfügbar. Daher müssen Nutzungskonzepte zum Anbau von Lebens- und Futtermitteln sowie von Biomasse (zur energetischen und stofflichen Nutzung) unter den Stichworten Klimaschutz und Versorgungssicherheit (einschließlich bezahlbarer Preise) diskutiert werden. Fest steht aber bereits jetzt: Die verfügbaren Flächen reichen nicht, um die von Bundesregierung und EU-Kommission geplanten Agro-Kraftstoff-Beimischungsquoten aus einheimischem, nachhaltigen Biomasseanbau zu realisieren. Das ergab eine öffentliche Experten-Anhörung im Bundestag am Mittwoch.

Die Kritik an den Quoten-Plänen der Bundesregierung war sehr breit, weil sie nur

durch Importe zu decken sind. Durch nachhaltigen, einheimischen Anbau können nur maximal acht Prozent des herkömmlichen Treibstoffes ersetzt werden. Geplant sind aber bis 2020 20%.

Der Nachfragesog durch hohe Zwangsbeimischungsquoten in der EU hat negative Folgen. Auf strukturarmen großflächigen Monokulturen werden z.B. Ölpalmen angepflanzt. Regenwaldabholzung oder Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch den Biomasseanbau von Agro-Konzernen sind Realität. Die ohne Umwelt- und Sozialstandards erzeugte „Bio“-Energie wird dann nach Europa importiert. Ein internationales Zertifizierungssystem für einen nachhaltigen Anbau von Energiepflanzen wird angesichts der Durchsetzungsdefizite in den Län-

dern nicht realisierbar sein. Deshalb schließt sich die LINKE der Forderung nach einem Importmoratorium für Agro-Kraftstoffe von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen vom Sommer 2007 an.

Aus Sicht der LINKEN sind Agro-Kraftstoffe vor allem bei dezentraler Erzeugung und Nutzung sinnvoll. Dem Klimaschutz dient ein Ausbau von flächendeckenden, bedarfsgerechten Angeboten im öffentlichen Personennahverkehr und die Senkung des Kraftstoffverbrauchs viel mehr.

Die Förderung von Agro-Kraftstoffen in Deutschland muss umgestellt werden: statt Zwangsbeimischungsquote Förderung der dezentralen Erzeugung und Nutzung in regionalen Wirtschaftskreisläufen. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region. Die Strategie zur energetischen Nutzung der Biomasse muss deutlicher auf CO₂-Minderung und Kraft-Wärme-Kopplung ausgerichtet werden. Die beste Klima- und Energieeffizienz hat derzeit Biogas, wenn es entweder der Strom/Wärme-Nutzung dient oder in Autotanks/ins Erdgasnetz direkt eingespeist wird.

Unser Positionspapier „Keine Agroenergien aus Raubbau oder Vertreibung – Biomasse nachhaltig erzeugen und nutzen“ finden Sie hier: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7753949471.pdf>

Aktueller Newsletter Umwelt und Energie

Umsteuern!

Wolfgang Neskovic

Nicht erst seit der angekündigten Schließung des NO-KIA-Werkes in Bochum steht die Vergabe von Fördermitteln an solvente Großunternehmen in der Kritik. Für diesen Standort erhielt das Unternehmen zwischen 1988 und 1999 60 Millionen Euro Investitionsbeihilfen und von 1997 bis 2007 10 Millionen Euro als Forschungsförderung. Trotz eines Jahresgewinnes von 7,2 Milliarden Euro und geleisteter öffentlicher Fördergelder verlieren in der Ruhrstadt nun inklusive der Zulieferbetriebe mehr als 4.000 Mitarbeiter ihren Job.

Hier stellt sich also in besonderem Maße die Frage nach der sinnvollen Vergabe von Investitionsbeihilfen. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Staat öffentliche Steuergelder an private Unternehmen praktisch verschenkt. Ein Umsteuern im Umgang mit diesem wichtigen wirtschaftspolitischen Instrumente ist also das Gebot der Stunde.

DIE LINKE schlägt daher vor (Drs. 16/8177), mit sofortiger Wirkung die Förderregelungen so zu ändern, dass betriebliche Einzelförderungen in Form von

öffentlicher Kapitalbeteiligung oder Belegschaftsanteilen in entsprechender Höhe gewährt wird.

Dies hätte zur Folge, dass der Staat künftig an den Gewinnen des vorher geförderten Unternehmens beteiligt wird und so nach einem gewissen Zeitraum die staatlichen Zuschüsse in die öffentlichen Kassen zurück fließen. Ähnliche Vorschläge der Linksfraktion liegen auch in Brandenburg seit Jahren auf dem Tisch. Zudem kann der Staat über diese Beteiligung Einfluss auf die Politik des Unternehmens im Interesse des Gemeinwohls nehmen.

Alternativ dazu können Subventionen auch in Form von Belegschaftsanteilen gewährt werden. Hier hätten dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebes die Möglichkeit Ihre Interessen über Belegschaftsvertreter in den entsprechenden Gremien des Unternehmens durchzusetzen.

Das Primat unserer Politik bleibt ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Öffentliches Geld darf nicht weiter verschleudert werden, zumal es für soziale Korrekturen und Projekte in diesem Land dringend gebraucht wird.



**LINKE bekräftigt ihre Kritik an Bundesprogrammen
 gegen Rechtsextremismus**

von Diana Golze

Auch wenn die Anträge, die in dieser Plenarwoche zur Debatte standen, dem Datum nach nicht ganz aktuell zu sein schienen – die Kritik, die die Fraktion DIE LINKE in ihnen formuliert hat, ist berechtigter denn je.

Es sind vor allem die weitgehende Aufgabe des bürgerschaftlichen Ansatzes der alten Civitas-Projekte und die Anbindung der Lokalen Aktionspläne (LAPs) an Kommune und Verwaltung, die die Fraktion kritisch bewertet. Aus der richtigen Analyse des Abschlussberichtes des Civitas-Programms, dass die Kommunen beim Kampf gegen Rechtsextremismus mitziehen müssen, hat die Bundesregierung die Folgerung gezogen, dass einzig die Kommunen über die Beantragung von Bundesmitteln entscheiden können. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE handelt es sich



dabei um einen Konstruktionsfehler der Programme. Ebenso kritisch sieht die Fraktion die Anbindung der Beratungsnetzwerke an staatliche Stellen und die Abkehr von einer nachgefragten und prozesshaften Beratung hin zu so genannten Kriseninterventionen.

Es geht bei der Arbeit der von Programmen gegen Rechtsextremismus um eine langfristige Aufgabe. Deshalb muss endlich die Logik der kurzfristigen Projektförderung durchbrochen werden. Wir wollen nicht erst dann über eine Fortsetzung reden, wenn die neuen Programme auslaufen.

Solange das Thema aber mit Programmen auf Projektarbeit reduziert wird und keine langfristigen und wissenschaftlich begleiteten Initiativen auf allen politischen Ebenen wachsen können, haftet den Programmen gegen Rechtsextremismus immer der Anschein von Feigenblattpolitik an.

Dass DIE LINKE diesen Ansatz weiterhin kritisch begleiten wird, zeigen nicht nur die beiden Anträge. Am 11.02.2008 fand eine Anhörung statt, die sich mit der Arbeit der umgestalteten Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus auseinandersetzte. Unsere kritische Einschätzung ist dabei von allen PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen geteilt worden. Wir sehen uns also in unserer Kritik und unserer Forderung nach Verstetigung der Bundesprogramme bestätigt.

„Fair-Work“- Siegel für Computerspiele

Redeauszug von Lothar Bisky

Computerspiele haben heute eine hohe kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Das ist ohne jeden Zweifel richtig. Es ist auch richtig, diese Entwicklung weiter zu fördern. Das ist insbesondere für qualitativ hochwertige und pädagogisch wertvolle Computerspiele festzustellen. Ob die weitere Förderung der Spielebranche allerdings über die Auslobung eines deutschen

Computerspielpreises oder durch eine Qualitätskennzeichnung für Computerspiele erfolgen sollte, möchte ich dahingestellt sein lassen. Beides kann man tun, ohne jeden Zweifel.

Die Kritik der LINKEN richtet sich nicht gegen eine Förderung als solche, sondern gegen die unzureichende Bewertung der Situation und der Probleme in der Computerspielbranche. Sowohl im Koalitionsantrag als

auch im Antrag der Grünen wird Unterstützenswertes genannt.

"Das vollständige Interview gibt es im Büro von Lothar.Bisky@bundestag.de"

Den Antrag finden Sie in der Übersicht Anträge der Sitzungswoche

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:

Fair-Work«-Siegel für Computerspiele Drs. 16/8178 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778827476_1608178.pdf

Prekäre und schlecht entlohnten Beschäftigungsbedingungen in der Computerspielebranche soll durch Einführung eines „Fair-Work“-Siegels für Computerspiel, dass die jeweils bestehenden Arbeitsbedingungen klassifiziert und bewertet, entgegengetreten werden.

Bildungszugang von Kindern und Jugendlichen stärken - Finanzierung von SchülerInnenförderung im SGB II ermöglichen Drs. 16/4486 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7726775752_1604202.pdf

Gleicher Bildungszugang bedarf der materiellen Voraussetzungen; hier gilt es die teils erheblichen Beförderungskosten für Kinder aus Haushalten von Sozialleistungsbeziehenden (SGB II, SGB XII etc.) öffentlich zu organisieren und zu finanzieren.

Keine deutschen Soldaten für eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen - rechtswidrige Kriegshandlungen beenden. Drs. 16/7890 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727400470_1607890.pdf

Die LINKE fordert, künftig anders als bisher den Deutschen Bundestag rechtzeitig, wahrheitsgemäß und umfassend über alle Planungen, die im Zusammenhang mit den ausgestellten Mandaten stehen, zu informieren. Gestützt wird diese Forderung auf das mehrheitliche Votum des Parlaments dem Bundesministerium für Verteidigung Anweisung zu erteilen, keine deutschen Soldaten an offensiven Kampfhandlungen zu beteiligen und das sog. Targeting zu unterbinden.

Ausverkauf von Krediten an Finanzinvestoren stoppen – Verbraucherrechte stärken

Drs. 16/8182 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752978032_1608182.pdf

Wir fordern die Schaffung von Rechtssicherheit für KreditnehmerInnen bei Finanzkäufen an Finanzinvestoren.

Eskalation im Atomkonflikt mit dem Iran verhindern

Drs. 16/4202 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7726775752_1604202.pdf

Berichte über die Vorbereitung von Luftangriffen der USA und Israels und Sanktionen gegen den Iran tragen zur weiteren Eskalation des Konfliktes um das iranische Atomprogramm bei. Die Duldung der Nutzung von US-Militärbasen und anderer militärischer Einrichtungen in der Bundesrepublik sowie des deutschen Luftraumes für Angriffe auf den Iran darf nicht erfolgen.

Landurlaub und Urlaub auf dem Bauernhof als Chance für einen umweltfreundlichen Tourismus in Deutschland nutzen

Drs. 16/7614 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7710950054_1607614.pdf

Landtourismus und Urlaub auf dem Bauernhof haben einen hohen Erholungswert, sind gesund, bildend, umweltverträglich und bedeuten eine Stärkung für den ländlichen Raum. Dies als Chance durch Verbesserung der Rahmenbedingungen zu nutzen ist eine Forderung der LINKEN.

Fördergelder nur als Unternehmensbeteiligung

Drs. 16/8177 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7782583731_1608177.pdf

Die LINKE fordert die Bundesregierung auf, Lehren aus dem Fall Nokia zu ziehen und mit sofortiger Wirkung die Förderregeln insbesondere der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ so zu ändern, dass betriebliche Einzelförderungen mit regionalwirtschaftlicher Bedeutung in Form von öffentlichen Kapitalbeteiligungen gewährt werden.

Fortführung und Verstetigung der Programme gegen Rechtsextremismus

Drs. 16/1542 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735310856_1601542.pdf

Der Antrag fordert, die Programme gegen Rechtsextremismus unter dem Dach des "Bündnis für Demokratie und Toleranz" CIVITAS und ENTIMON fortzuführen und zu einer fortdauernden Einrichtung zu machen. Die Programme sollen außerdem auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus dauerhaft verankern und Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung berücksichtigen.

Drs. 16/4807 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771917612_1604807.pdf

Der Entwurf des BMFSFJ zur Förderung von Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus bedeutet in seiner Konsequenz eine gravierende Veränderung bestehender Projektstrukturen. Mit unserem Antrag setzen wir uns für den Erhalt dieser erfolgreichen Projekte ein.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **Wer Steuersünder erwischen will, kündigt Razzien nicht an**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1211797151>



<http://www.diana-golze.de>



- **Bürgerpreis 2008 ausgeschrieben: Kinder fördern - in die Zukunft investieren**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1291467903>

- **Wir lassen kein Kind zurück – Wirklich?**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1216499161>

- **So werden Familien mit Kindern unterstützt**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1235313436>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **SPD soll vom Dreier-Vorschlag abrücken**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1241377036>

- **Das Nützliche darf nicht mit dem Ungerechten verbunden werden!**

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1386624768>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Das Gentechnik-Zulassungsverfahren muss sicher, transparent und demokratisch sein**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1203379989>

- **Kleine Anfrage der LINKEN im Bundestag zu Erbensprüchen von Bodenreformgrundstücken in Brandenburg gestellt!**

<http://www.kirsten-tackmann.de/show/1076107.html>

Information der Landesgruppe:



Jugendwettbewerb „Zivilcourage vereint“ verlängert!!!!

Aufgrund der geänderten Ferienzeiten in diesem Jahr (z.B. Wegfall der Winterferien) verlängern die Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die LINKE den Einsendeschluss des antifaschistischen Jugendwettbewerbs "Zivilcourage vereint". **Einsendeschluss** für die Beiträge ist nun der **16. März 2008**. Über die Preisträger entscheidet eine fachkundige Jury. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.zivilcourage-vereint.de.

Informationen und Termine der Fraktion DIE LINKE.:

Kurzinfo aus der Sitzungswoche:



Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE zum Thema:
Über Versäumnisse der Bundesregierung bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Oskar Lafontaine: „Der Raffgier wurde gesetzlich Tür und Tor geöffnet“

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1514709287>

Ulrich Maurer: „Zumwinkel, Siemens & Co. – der Sittenverfall grassiert“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1253285572>

Positionspapiere zum Thema Reichtum:

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1798827131

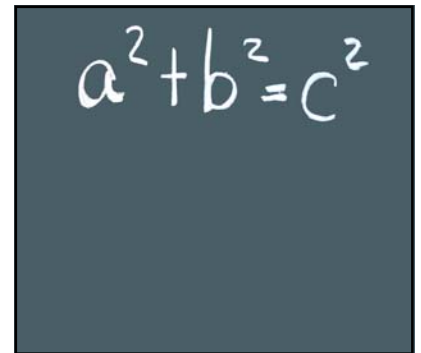
Aktuelle Stunde beantragt von der FDP zum Thema :
DKP-Kandidaten auf Wahllisten der Linken:

Ulrich Maurer erklärte dazu vor dem Plenum des Bundestages:

Wer Stasi und Mauer gut findet, hat in LINKEN Fraktionen nichts verloren. Es geht der FDP nicht um eine seriöse Debatte. Kurz vor der Wahl in Hamburg soll noch ein wenig Dreck geschleudert werden. Union und FDP seien daran erinnert, dass sie nach 1945 hochrangigen Nazis und Mitläufern zu höchsten Staatsämtern verholfen haben.

Audio von der Debatte:

http://medien.linksfraktion.net/video/flashvideoplayer_320x240.php?datensatz_id=7716739666



Gregor Gysi: »Nun hat die SPD die Wahl«

"Die Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung eines Mindestlohns, vielleicht auch eines Sozialtickets hessenweit: Dafür steht unsere Fraktion." Für DIE LINKE geht es um Inhalte. "Vieles, was Frau Ypsilanti versprochen hat, kann sie nur mit uns umsetzen." Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion glaubt nicht, dass die Versuche, DIE LINKE in Hamburg "mit allen alten Mitteln zu bekämpfen", funktionieren werden.

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1506825725>

"Koalitionen verbieten ist dumm"

Der Fraktionschef der Linken Gregor Gysi über alberne Sozialdemokraten, reiche Steuerhinterzieher – und DKP-Kandidaten.

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1511764166>

Infotheke:

Reader Tipps zu Hartz IV der Bundestagsfraktion

Hier können sie sich rund um das Thema Hartz IV informieren.

Dieser Reader ist von der Bundestagsfraktion DIE LINKE erstellt und bereitgestellt worden.

Diese Broschüre erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aussagen und Feststellungen die dort getroffen worden sind, dienen der politischen Auseinandersetzung und stellen nur ein Hilfsmittel, jedoch keine rechtliches Mittel dar. <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7773903327.pdf>

